

Droht den Flächentarifverträgen das Aus?

Die Drohung der Selbstauflösung von Gesamtmetall, der "Arbeitgeber"-Organisation der Metall- und Elektroindustrie, geht an die Substanz der Beziehungen zwischen ArbeiterInnen und Unternehmern in Deutschland und ihrer hochgerühmten "Sozialpartnerschaft" nach dem II. Weltkrieg. Mehr als drei Dutzend Firmen sind bereits aus diesem Unternehmerverband ausgetreten und noch weit mehr haben die gleiche Absicht bekundet.

In der Vergangenheit war der industrieweite Zusammenschluß für die Kapitalisten von Vorteil. Die Bildung industrieweiter Unternehmerorganisationen war die notwendige Voraussetzung zur Schaffung einer Verhandlungsbasis mit den großen und mächtigen Industriegewerkschaften. Durch die Herstellung eines formalen Machtgleichgewichtes konnte die faktische Überlegenheit der Verhandlungsposition sichergestellt werden. Nur so konnten Lohnsteigerungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durch einvernehmliche Verhandlungen mit der klassenkollaborationistischen Führung der bürokratisch kontrollierten Industriegewerkschaften in ganzen Industrien unter Kontrolle gehalten werden. Das Ende dieser Ära wurde durch Willi Leibfritz, Leiter der makroökonomischen Abteilung des Ifo-Wirtschaftsinstituts in München, signalisiert, als er 1992 davor warnte:

"Deutsche Lohnrunden pflegten im großen und ganzen nicht allzu weit von den makroökonomischen Erfordernissen des Landes abzuweichen, aber in den kommenden Jahren müssen wir Inflation vermeiden oder die Finanzierung des Ostens wird schwierig" (übersetzt aus *Financial Times*, 19.05.92).

Die Führung des DGB hielt die materiellen Verbesserungen der ArbeiterInnen im Rahmen dieser "Erfordernisse". Unter dem zunehmenden Druck internationaler Konkurrenz, konkurrierender Währungsentwertungen und immenser Kosten der kapitalistischen Wiedervereinigung sind die Profitraten bedroht. Gesamtmetall glaubte kürzlich, vor "der Zerschlagung Deutschlands als Industriestandort" warnen zu müssen. Zeitungen und Wirtschaftsmagazine sind voll mit Meldungen und Statistiken, die einen drohenden deutschen industriellen Kollaps ankündigen. Die Forderungen von Gesamtmetall, die endgültige Einführung der 35-Stunden-Woche aufzuschieben und die Arbeitszeit im großen Maßstab zu flexibilisieren, wurden während der Verhandlungsrunden im letzten Frühjahr niedergeschlagen; dennoch gibt der Metalltarifvertrag den Bonzen schon jetzt die Möglichkeit, die Arbeitszeiten bis auf 32 Stunden pro Woche - ohne Lohnausgleich natürlich - zu senken:

"Auch die von Schulte avisierte Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist schon Praxis. VW ist der prominenteste, aber nicht der einzige Betrieb, in dem die Beschäftigten mit drastischer Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich ihre Jobs sicherten. Der Metalltarifvertrag gibt den Unternehmern die Möglichkeit, die Arbeitszeiten bis auf 32 Stunden pro Woche zu senken, ohne Lohnausgleich; in der Chemieindustrie können die Unternehmen auf 35 Stunden heruntergehen, ebenfalls ohne Lohnausgleich" (*Der Spiegel* 5/95).

Seitdem werden die Zugeständnisse der IG Metall und der anderen Gewerkschaften angesichts der Drohung von Massenentlassungen immer substantieller. In der Bauindustrie, der Landwirtschaft und im Speditionsgewerbe arbeiten immer mehr Beschäftigte für weniger als die Hälfte der offiziellen Tarife. Die Gewerkschaftsbonzen betteln bei der Regierung, die "Schwarzarbeit" zu unterbinden, gleichzei-

tig weigern sie sich aber, die ArbeiterInnen zu organisieren, um die Geltung der Flächentarife für alle Lohnabhängigen durchzusetzen. In Lübeck und Hamburg bieten Unternehmerverbände bereits eine "assoziierte Mitgliedschaft" an, die es Speditions- und Lagerhausbetrieben erlaubt, Löhne



unterhalb des Standards zu zahlen. Nicht gerade der deutsche Mittelstand, aber viele große Firmen haben flexible Arbeitszeiten sowie Wochenend- und Nachtarbeit bei normaler Bezahlung eingeführt bzw. Urlaubsgeld, Gehaltserhöhungen und andere Sonderzahlungen reduziert oder ganz abgeschafft. IBM verließ z. B. Ende 1992 den Metallverband, teilte die Firma in mehrere unabhängige Unternehmen auf und vereinbarte einen Tarifvertrag mit der DAG, der unter dem bisherigen Standard für Angestellte liegt. Die Aufgabe einer bedeutenden strategischen Position bei den industrieweiten Verhandlungen seitens der Gewerkschaftsführung ist besonders auffällig in der Schlüsselindustrie Automobilbau. BMW hat eine "nach Leistung gestaffelte" Entlohnungsstruktur eingeführt. Bei Opel wurde jüngst eine Vereinbarung über eine flexible Arbeitszeitregelung getroffen, wonach ArbeiterInnen gezwungen werden können, bis zu 40 Stunden pro Woche zu arbeiten. Zwei Jahre zuvor einigten sich die IG Metall-Bürokraten und der Volkswagen-Vorstand auf einen langfristigen Vertrag, der es dem Unternehmen erlaubte, den Flächentarif zu verlassen und 15%

niedrigere Löhne als Ausgleich für eine 28,8-Stunden-Woche zu zahlen. Dies alles für eine - wie jetzt immer deutlicher wird - zeitlich nur sehr begrenzte "Arbeitsplatzgarantie" für 30 000 und mehr von Entlassung bedrohten ArbeiterInnen.

Selbst das reichte Piëch und Co. nicht mehr. Der neueste VW-Abschluß bescherte den KollegInnen zwar 4% mehr Lohn, die Erhöhung des Urlaubsgeldes und einen grundsätzlich arbeitsfreien Samstag. Als "Gegenleistung" müssen die Zeitlohn-ArbeiterInnen aber zukünftig 1,2 Stunden pro Woche unentgeltliche Arbeit leisten und die Akkord-ArbeiterInnen auf 2,5 Minuten bezahlter Pause pro Stunde verzichten. Der Mehrarbeitszuschlag sowohl für Samstagsarbeit als auch für "normale" Überstunden wurde gesenkt. Damit entpuppt sich dieser Deal bei genauerer Betrachtung als erneute Niederlage, da die ausgehandelten Erhöhungen von den Einbußen aufgeessen werden. Großzügigerweise erklärte sich das VW-Management dafür erstmal bereit, bis zum 31.12.97 auf "betriebsbedingte Kündigungen" zu verzichten (*taz*, 13.09.95).

DGB-Bonzen signalisieren ihre Kapitulation

Die Hauptverantwortung für eine der bisher bedeutendsten kampflosen Preisgaben von Rechten, die Lohnabhängige im Laufe von Jahrzehnten erreicht hatten, trägt der ehemalige IGM-Chef Steinkühler. Er setzte die Forderung der Unternehmer nach flexibler Regelung der Arbeitszeit als Ausgleich für die (stufenweise) Einführung der 35-Stunden-Woche in der IGM durch. Sein Nachfolger Zwickel signalisierte früh seine Bereitschaft zur Kapitulation, als er das Argument der Bosse akzeptierte, daß die deutsche Industrie mit "tiefgreifenden Strukturproblemen" konfrontiert sei und die Zahl der Beschäftigten in der Produktion "dramatisch" sinken werde. Von Zwickel wird berichtet, daß er kürzlich beim Gesamtmetall-Chef Gottschol um "Gespräche über eine Tarifreform" bettelte.

Die von der Gewerkschaftsführung hingenommenen Klauseln zur "Härtefall"-Regelung der östlichen Flächentarife haben das Ende der (bis dato realen) Bedeutung industrieweiter Vereinbarungen eingeläutet. Dann begann DGB-Chef Schulte im vergangenen Frühjahr unverhohlen eine Diskussion über Samstagsarbeit und befristete Arbeitsverträge anzubieten. Und Lobodda, IGM-Chef in Nürnberg, erklärt frank und frei, daß die Gewerkschaft proletarische Kampfmethoden aufgeben müsse, weil solche Methoden "unsere Unternehmer" in den Bankrott trieben. "Da muß es doch

etwas anders geben ... Wir müssen uns von alten Positionen lösen" (*Der Spiegel* 19/95). Loboddas Aufruf zur "Koope-ration" führte zu einer Reihe von Verträgen, die eine flexible Bezahlung auf Basis der erbrachten Leistung erlauben, und, im Falle der Kranbaufirma Faun, zu einer Jahresarbeitszeitregelung, die eine Verlängerung oder Reduzierung der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit in Abhängigkeit von der Auftragslage ermöglicht. Noch sind die Flächentarifverträge - wenn auch stark durchlöchert - nicht endgültig abgeschafft. Die einzig konsequente Möglichkeit der IGM, die (letztlich nur verschobene) unverschämte Drohung der Kapitalisten aus der Welt zu schaffen, wäre die Durchsetzung nationaler Tarifverhandlungen und die Organisation nationaler Streiks in der Metallindustrie gewesen.

Vielen ArbeiterInnen ist klar, daß sie weit mehr Druck ausüben können, um Zugeständnisse der Bosse zu erzwingen, wenn sie industrieweit und auf nationaler Ebene verhandeln und streiken. Doch die butterweiche Haltung der Gewerkschaftsbonzen läßt befürchten, daß sie sich auch in Zukunft nicht anders verhalten werden, als bei den Auseinandersetzungen um die Streichung des Paragraphen 116 Mitte der 80er Jahre. Die Beschäftigten bei VW wurden im Tausch für das Versprechen "sicherer Arbeitsplätze" mit einem vergleichsweise schlechteren Haustarifvertrag erneut reingelegt. Heute wird ihnen gesagt, daß ihre Jobs, selbst wenn sie weitere Einbußen bei ihren Arbeitsbedingungen in Kauf nähmen, nur noch "relativ sicher" sind! Die anfänglich "unerwartete" Verärgerung, die von den KollegInnen in der Verweigerung von Überstunden und Warnstreiks zum Ausdruck gebracht wurde, ließ kurzfristig hoffen, daß der Ärger über ihre zunehmende Isolierung und Schwächung in einem wirklichen Verteidigungskampf in der Metallindustrie gipfeln könnte. Doch da die IGM-Funktionäre und die Betriebsräte angesichts von Arbeitslosigkeit und massiven Entlassungsdrohungen völlig perspektivlos sind, konnte das VW-Management seine Positionen zum wiederholten Male durchsetzen.

Nur durch Rausschmiß der alten Führer, deren Maxime die Klassenkollaboration ist, und durch Herausbildung einer neuen konsequenten klassenkämpferischen Gewerkschaftsführung können die ArbeiterInnen verhindern, daß ihre mächtige organisatorische Position letztlich aufgegeben wird. Nur wer in der Lage ist, erkämpfte Rechte zu verteidigen, wird auch für neue Ziele kämpfen können. Andernfalls droht die Alternative, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland, mit oder ohne industrieweiten Organisationen der Unternehmer, sich selbst in "Arbeitsbeziehungen" wie zu Zeiten der Bismarck-Ära wiederfinden.

"For Industrial Action against the Testing at Mururoa - from France, to New Caledonia, to Tahiti, to New Zealand!"

No Illusions in Our "Own" Capitalist Government - The Main Enemy Is at Home!

French and NZ Imperialists: Get Your Hands off the Pacific!"

Published by the Permanent Revolution Group,
New Zealand section of the International Bolshevik Tendency

Zu beziehen über: M. Martin, Postfach 210 254, 10502 Berlin
(DM 1,- Porto beilegen)

